

Erstmals hat die IPPNW eine Mitgliederversammlung virtuell durchgeführt. 101 Personen beteiligten sich. Nur die 87 stimmberechtigten Mitglieder durften an den Abstimmungen teilnehmen. Grundlage für die Online-Versammlung war das „Gesetz zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht“. Hier die beschlossenen Anträge und Resolutionen:

## „Gemeinsam gegen Klimakrise und Krieg“

### Resolution

Die größte unmittelbare Bedrohung des globalen Überlebens ist ein Atomkrieg. Mit der Klimakatastrophe besteht eine weitere existentielle Gefahr für die Menschheit, die durch die weltweite Militarisierung verstärkt wird. Aufrüstung sowie zahlreiche Konflikte und Kriege tragen sowohl unmittelbar zum Klimawandel als auch zum erhöhten Risiko atomarer Kriege bei.

Als IPPNW wissen wir und warnen: Atomenergie ist kein Mittel zur Rettung des Klimas. Durch ihre Koppelung mit der militärischen Nutzung führt sie zur Steigerung der Kriegsgefahr, zu Aufrüstung und damit zu massiven Klimaschäden. Darüber hinaus ist die „nukleare Kette“ von der Uranergewinnung bis hin zur ungelösten Abfallproblematik mit unlösbaren Problemen behaftet.

Wir wenden uns gegen neue Aufrüstungspläne – ob konventionell oder atomar. Auch ohne erklärten Krieg ist Militär umwelt- und klimaschädlich. Statt Atomenergie und Atomwaffen brauchen wir ein Wirtschaftssystem, das die Grundbedürfnisse aller Menschen gleichermaßen berücksichtigt, friedliche Koexistenz fördert und den Erhalt des Planeten Erde ermöglicht.

*Beschlossen bei 69 Ja-, 0 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen.*

## Keine Bewaffnung von Drohnen

### Antrag an die Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung der deutschen IPPNW fordert die Abgeordneten des deutschen Bundestages auf, der Ausrüstung der Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen nicht zuzustimmen. Mit der Bewaffnung von militärischen Drohnen würde die Aufrüstung Deutschlands einen entscheidenden Schritt gehen – über die Fernsteuerung des Tötens im Krieg in seine Automatisierung und damit in Richtung autonomer Kriegsführung. Dieser neue und qualitativ bedeutsame Aufrüstungsschritt muss abgelehnt werden. Die Aufrüstung, Digitalisierung und Automatisierung des Militärs bedeutet eine weiter steigende Kriegsgefahr. Die Beteiligung Deutschlands an der sogenannten Eurodrohne muss daher ebenfalls beendet werden.

*Beschlossen bei 71 Ja-, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.*

## Unter 18 nie

### Antrag an die Mitgliederversammlung

Die deutsche Sektion der IPPNW unterstützt die Forderungen der Kampagne „Unter 18 nie! – Keine Minderjährigen in der Bundeswehr“, an der sie aktiv mitarbeitet. Sie tritt ein für eine Anhebung des Rekrutierungsalters für den Militärdienst auf 18 Jahre sowie für ein Verbot jeglicher Bundeswehrwerbung bei Minderjährigen.

Die Mitgliederversammlung appelliert an die Bundesregierung, vor allem an Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karren-

bauer, die Ziele der UN-Kinderrechtskonvention konsequent umzusetzen, anstatt deren Lücken auszunutzen. Deutschland muss der Aufforderung des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes folgen, der die Einhaltung der UN-Konvention und ihrer Zusatzprotokolle überprüft. Dieser UN-Ausschuss hat Deutschland aufgefordert, das Rekrutierungsalter auf 18 Jahre zu erhöhen und alle Formen von Werbekampagnen der Bundeswehr zu verbieten, die auf Kinder abzielen. Deutschland ist einer von nur 39 Unterzeichnerstaaten, der Minderjährige rekrutiert. Der Personal-mangel der Bundeswehr darf nicht dazu führen, dass die Rechte und der Schutz von Jugendlichen beeinträchtigt werden.

*Beschlossen bei 74 Ja-, 0 Nein-Stimmen, 0 Enthaltungen.*

## Gratulation

### Antrag an die Mitgliederversammlung

Die IPPNW-Mitgliederversammlung gratuliert Prof. Sebnem Korur Fincanci zur Wahl als Vorsitzende der türkischen Ärztekammer und solidarisiert sich mit ihrem Kampf für Frieden und Menschenrechte. *Beschlossen bei 68 Ja-, 0 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen.*

## Entlastung des Vorstandes

### Antrag an die Mitgliederversammlung

Die IPPNW-Mitgliederversammlung entlastet den Vorstand. *Beschlossen bei 66 Ja-, 7 Nein-Stimmen, 10 Enthaltungen.*